

Benjamin-Immanuel Hoff (Hrsg.)

Neue Wege gehen

Wie in **Thüringen** gemeinsam
progressiv regiert wird

VSA:



Benjamin-Immanuel Hoff (Hrsg.)
Neue Wege gehen
Wie in Thüringen gemeinsam progressiv regiert wird

Benjamin-Immanuel Hoff (Hrsg.)

Neue Wege gehen

Wie in Thüringen gemeinsam progressiv regiert wird

Eine Veröffentlichung der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

www.vsa-verlag.de

www.rosalux.de



Dieses Buch wird unter den Bedingungen einer Creative Commons License veröffentlicht: Creative Commons Attribution-NonCommercial-NoDerivs 3.0 Germany License

(abrufbar unter www.creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/legalcode). Nach dieser Lizenz dürfen Sie die Texte für nichtkommerzielle Zwecke vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen unter der Bedingung, dass die Namen der Autoren und der Buchtitel inkl. Verlag genannt werden, der Inhalt nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert wird und Sie ihn unter vollständigem Abdruck dieses Lizenzhinweises weitergeben. Alle anderen Nutzungsformen, die nicht durch diese Creative Commons Lizenz oder das Urheberrecht gestattet sind, bleiben vorbehalten.

© VSA: Verlag 2023, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Buchbindearbeiten: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
ISBN 978-3-96488-184-7

Inhalt

Im Handgemenge des Alltags	7
<i>von Benjamin-Immanuel Hoff</i>	
Die Krise des »Modells Ostdeutschland«	12
<i>von Sarah Hinz und Stefan Schmalz</i>	
Praxis und Friktionen rot-rot-grüner Regierungspolitik	31
<i>von Benjamin-Immanuel Hoff</i>	
Funktionsweise und -fähigkeit der Minderheitsregierung (2020–2023)	75
<i>von Torsten Oppelland</i>	
Die AfD in Thüringen: Völkischer Nationalismus als Programm	88
<i>von Felix Steiner</i>	
Aktuelle Entwicklungen der extremen Rechten	98
<i>MOBIT-Autor*innengruppe</i>	
Von den Anfängen bis zum Demokratiefördergesetz	110
<i>von Anja Zachow</i>	
»Vorreiter*innen« der Aufklärung? Die Thüringer Untersuchungsausschüsse zu Rechtsterrorismus und zum »Nationalsozialistischen Untergrund«	116
<i>von Madeleine Henfling, Katharina König-Preuss und Dorothea Marx</i>	
»Schattenwurf«	139
Der lange Weg zu einem Mahnmal und Erinnerungsort für die Opfer des sogenannten NSU <i>von Tina Beer und Johannes Häfner</i>	
r2g-Politik gegen die extreme Rechte	150
<i>von Renate Sternatz</i>	
Last man standing?	158
Automobil- und Zulieferindustrie in der Transformation <i>von Madeleine Holzschuh, Michael Ebenau und Maik Grundmann</i>	

Zeitenwende auf dem Arbeitsmarkt	177
<i>von Michael Behr</i>	
Einrichtung einer Arbeitskammer	196
<i>von Lena Saniye Güngör</i>	
Thüringens Umwelt- und Energiepolitik	202
<i>von Anja Siegesmund</i>	
Gemeinsam für ein solidarisches Miteinander	215
<i>von Stefanie Hammer und Theresa Hilse-Carstensen</i>	
Durch Dialog aus den Schatten der »Glückswolke«	223
<i>von Andres Friedrichsmeier</i>	
Die Migrationspolitik im Freistaat	237
<i>von Elisa Calzolari</i>	
Stadt.Land.Thüringen und das Recht auf Dorf	243
Ein Gespräch über die Internationale Bauausstellung (IBA)	
Thüringen und die Perspektiven des ländlichen Raums	
<i>zwischen Marta Doehler-Behzadi und Benjamin-Immanuel Hoff</i>	
Autor*innen	257

Im Handgemenge des Alltags

von Benjamin-Immanuel Hoff

Vor knapp 100 Jahren, zur Landtagswahl am 10. Februar 1924, bildeten die zwei bürgerlich-liberalen Parteien DDP und DVP mit der Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) und dem Thüringer Landbund eine Wahlliste »Thüringer Ordnungsbund«, dessen Ziel ausschließlich auf die Entmachtung der seit 1919 dominierenden Thüringer Arbeiterparteien gerichtet war und die Losung proklamierte: »Das ganze Land kam auf den Hund, uns hilft nur noch der Ordnungsbund«.

Der Ordnungsbund erhielt zwar mehr Stimmen als SPD und KPD, doch blieb die erhoffte absolute Mehrheit aus. Im Landtag paktierten Liberale und Deutschnationale mit den Antisemiten der Vereinigten Völkischen Liste statt mit der SPD. Dem Bündnis und der Forderung der Völkischen, nur eine Regierung zu akzeptieren, die aus »deutschblütigen, nichtmarxistischen Männern« bestünde, opferten die Liberalen zunächst den Vater der ersten demokratischen Thüringer Verfassung und jüdischen DDP-Spitzenkandidaten, Eduard Rosenthal. Der ebenfalls jüdische Staatsbankdirektor Walter Loeb wurde mit einer antisemitischen Hetzkampagne zum Rücktritt gedrängt, dem 1919 in Weimar gegründeten Bauhaus wurden die Mittel gestrichen. Im Zuge dessen emigrierte das Bauhaus nach Dessau. Nach der Wahl zum 5. Thüringer Landtag 1930 wurde die NSDAP erstmals in einem deutschen Land Regierungspartner.

»Die demokratischen bürgerlichen politischen Kräfte in Thüringen waren offenbar so verzweifelt darauf aus, die Linksregierung abzulösen, dass sie, auf dem rechten Auge blind, die geschworenen Feinde der Demokratie hoffähig machten«, bilanzierten in einer historischen Rückschau die Jenaer Politikwissenschaftler Andreas Braune und Michael Dreyer im Februar 2020 im konservativen Magazin »Cicero«. Doch obschon, mit dem ZEIT-Autor Josef Joffe gesprochen, das Gespenst von Weimar Dauerwohnrecht hat in unserem demokratischen Gedächtnis, wiederholt sich Geschichte nicht einfach – selbst wenn Ereignisse diesen Schluss nahelegen scheinen.

Vor etwas mehr als drei Jahren, am 5. Februar 2020, saß ich auf der Besucher*innentribüne des Thüringer Landtags. Auf der Tagesordnung stand die Wahl des Ministerpräsidenten. Nachdem Bodo Ramelow weder im ersten noch im zweiten Wahlgang die notwendige Mehrheit von

46 Stimmen erreicht hatte, lag in der Luft, dass eintreten könnte, wovon im Vorfeld dieser Landtagssitzung geraunt, gewarnt und spekuliert worden war – ein Tabubruch.

Ausgerechnet in Thüringen, wo der sogenannte Flügel der AfD unter der Führung von Björn Höcke den Ton angibt, wählten Abgeordnete der CDU und der FDP gemeinsam mit den Abgeordneten der AfD einen Ministerpräsidenten. Als Thomas Kemmerich nach kurzem Überlegen die Frage der Landtagspräsidentin, ob er die Wahl zum Ministerpräsidenten annehme, mit »Ja« beantwortete, verließ ich die Tribüne, stieg auf mein Fahrrad und fuhr die kurze Strecke in die Staatskanzlei am Erfurter Hirschgarten, um mein Büro zu räumen, Abschied zu nehmen von den Kolleg*innen und die notwendigen Dinge zu erledigen, die für eine geordnete Amtsübergabe an den neugewählten Ministerpräsidenten notwendig waren.

Kurze Zeit später war der Platz vor der historischen Kurmainzischen Statthalterei gefüllt mit Demonstrierenden. In den sozialen Netzwerken und auf zahlreichen Nachrichtenkanälen brach sich die Empörung Bahn. Und es zeigte sich, worin sich der 5. Februar 2020 vom 21. Februar 1924 unterschied.

Arbeiteten in der Weimar Republik bestimmende Teile der staatlichen Verwaltung, der Justiz, der Sicherheitsorgane und der Armee mit den reaktionären Kräften zusammen, die auf die Zerstörung der Demokratie hinarbeiteten, flankiert von einer ideologisierten Kampfpresse, die täglich den Hass schürte (Joffe), war es die einhellige Empörung der Demokrat*innen nach dem Tabubruch von Erfurt, die den Rücktritt Kemmerichs erzwang.

Die politische Bearbeitung des Tabubruchs stellt zunächst eine bis heute unbeantwortete Frage an die Thüringer CDU: Will sie weiter DIE LINKE mit den extremen Rechten gleichsetzen und sich durch Unvereinbarkeitsbeschlüsse in ihrer Handlungsfähigkeit beschneiden, die auf dem anachronistischen Irrglauben des sogenannten Hufeisenschemas fußen? Die Vorstellung, politische Parteien und weltanschauliche Strömungen seien auf einer Skala in der Form eines Hufeisens abzubilden, bei dem sich die extremen politischen Ränder gegenseitig näher seien als beide jeweils der Mitte und vom Verfassungsbogen des demokratischen Zentrums gleich weit entfernt, entspringt einer bipolaren Weltansicht und ist insbesondere in rechten Kreisen beliebt.

Weder für die Erklärung der gesellschaftlichen Realität, noch für deren Gestaltung, ist sie geeignet. Die Folgewirkungen dieses Denkens sind gleichwohl weiterhin spürbar. Der Etablierung des Landesprogramms Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit in der Wahlperiode von

2009 bis 2014 gingen heftige Kontroversen zwischen SPD und CDU voraus, bis es gelang, die Gleichsetzung von links und rechts aufzuheben, wie Anja Zachow in diesem Buch erläutert. Die MOBIT-Autor*innengruppe zeigt in ihrem Beitrag über die Neonazi-Strukturen in Thüringen, wie relativierende Sichtweisen den Kampf gegen rechte Hegemonie erschweren. Felix Steiners Beitrag macht deutlich, wie es der AfD gelingt, die solcherart frei werdenden gesellschaftlichen Räume zu nutzen und zu besetzen.

Die Verfolgung der vom sogenannten NSU verübten Verbrechen litt über viel zu lange Zeit darunter, dass Sicherheitsbehörden auf dem rechten Auge blind waren. Die Aufarbeitung der NSU-Morde und das Versagen der Sicherheitsorgane in parlamentarischen Untersuchungsausschüssen wiederum zeigt die Bedeutung der parlamentarischen Kontrolle. Madeleine Henfling, Katharina König-Preuß und Dorothea Marx gehören seit der 5. Wahlperiode des Thüringer Landtags den einschlägigen Untersuchungsausschüssen an und berichten über deren Arbeit, Erkenntnisse und Hindernisse. Aber auch über das untote Hufeisenschema im Untersuchungsausschuss zur politischen Gewaltkriminalität. Tina Beer und Johannes Häfner stellen den Weg zum Erfurter Erinnerungsort an die NSU-Morde dar – eine Forderung des ersten Untersuchungsausschusses zum Rechtsterrorismus.

Für grundsätzliche Diskussionen kann sich Politik gemeinhin keine Auszeit nehmen. Sie werden stattdessen im Handgemenge des Alltags geführt. Dafür spricht, dass jede Situation konkret ist und ihre eigene Antwort braucht. Doch im Handgemenge verliert man auch den Überblick. Der Beitrag von Sarah Hinz und Stefan Schmalz führt aus dem tagesspolitischen Prozess heraus und öffnet den weiten Blick auf das »Modell Ostdeutschland«, dessen konstitutive Elemente niedrige Löhne und die Funktion Ostdeutschlands als »verlängerte Werkbank« der Industrieproduktion waren. Der ostdeutsche wirtschaftliche Strukturbruch, die Erfahrungen von Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung und vieldimensionalen subjektiven Abwertungserfahrungen Ostdeutscher wirken bis heute. Michael Behr beschreibt die spezifisch ostdeutsche Arbeitsgesellschaft in seinem Beitrag als »Arbeitspartaner« und skizziert den nächsten großen Umbruch hin zu einer ostdeutschen Gesellschaft, der nicht die Arbeit, aber die Arbeitskräfte ausgehen.

Nötig ist ein neues Modell betrieblicher Arbeitsbeziehungen, um Arbeitskräfteengpässen in der industriellen Produktion, gesteigerter Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten und der Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation gerecht zu werden. Madeleine Holzschuh, Maik Grundmann und Michael Ebenau buchsta-

bieren am Beispiel der Thüringer Automobil- und Zuliefererindustrie die Schwierigkeiten und Erfordernisse aus, vor denen das Land steht, wenn es diesen großen Wandel erfolgreich bewältigen möchte. Die in den 1920er-Jahren etablierten Kammern der Arbeiter und Angestellten, die in Österreich in allen dortigen Bundesländern und in Deutschland im Saarland und in Bremen bestehen, leisten hervorragende Arbeit und sollten in Thüringen Teil des Wandels der Arbeitsgesellschaft sein, wie Lena Saniye Güngör in ihrem Beitrag zeigt.

Die Krise des »Modells Ostdeutschland« findet ihren Ausdruck unter anderem auch im Nebeneinander von lokalen Boomzentren und strukturschwachen Räumen, in denen einige Regionen »innere Peripherien« (Hinz/Schmalz) darstellen – geprägt von höherer Arbeitslosigkeit bei niedrigeren Löhnen im Vergleich zum Landesmaßstab, höherer Verschuldung und niedrigen Steuereinnahmen, Infrastrukturdefiziten und negativer Bevölkerungsentwicklung. Das mittelbare Staatsziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Landesteilen sehen die Bürger*innen in den »inneren Peripherien« nicht umgesetzt – im Gegenteil. Im Gespräch mit Martha Doehler-Behzadi diskutiere ich darüber, welche Erfahrungen die Internationale Bauausstellung (IBA) Thüringen in diesen peripheren Räumen gesammelt hat, was nötig ist für lokales Empowerment und über das Recht auf Dorf.

Das tradierte Familienmodell aus Mutter, Vater und einem oder mehreren Kindern ist inzwischen eines von vielen gelebten Modellen. Die Vielfalt dieser Lebensweisen und die deutliche Alterung der Thüringer Gesellschaft, die dazu beiträgt, dass ältere Menschen, insbesondere auch im ländlichen Raum, häufig allein leben, war Anlass für die partizipative Konzipierung und Umsetzung des Landesprogramms »Solidarisches Zusammenleben der Generationen«, wie Stefanie Hammer und Theresa Hilse-Carstensen ausführen.

Mit welchen Wirkungen die demografiegetriebene Schulpolitik der 1990er- und 2000er-Jahre sowohl auf die Beschäftigten im Schulsystem aber auch auf die Prämissen der Schulentwicklung wirkte, resümiert Andres Friedrichsmeier und stellt dar, wie aufbauend auf den Ergebnissen der Kommission »Zukunft Schule« seit 2017 eine dialogorientierte Schulstrukturentwicklung früher als unhinterfragbar geltende Top-down-Politiken ablöste.

Bezogen auf den Anteil der Bevölkerung mit einer Migrationsbiografie unterscheiden sich die ostdeutschen Länder auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch deutlich von den westdeutschen Ländern. Elisa Calzolari beschreibt anhand von MigraNetz Thüringen e.V. den Gestaltungsanspruch und die Bedingungen migranti-

scher Selbstorganisation. Die nächste große Transformation, in der wir uns bereits befinden, ist der notwendige Übergang vom fossilen Zeitalter zu einer Gesellschaft der Nachhaltigkeit. Anja Siegesmund bilanziert acht Jahre rot-rot-grüne Umwelt- und Energiepolitik, für die sie als grüne Umweltministerin Verantwortung trug.

Rot-Rot-Grün in Thüringen regiert zwar seit Dezember 2014, doch reicht die Vorgeschichte in das Jahr 2009, als erstmals DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Regierungsbündnis sondierten. Die Rahmenbedingungen rot-rot-grüner Politik haben sich seither fundamental gewandelt. In meinem Beitrag beschreibe ich aus der Perspektive teilnehmender Beobachtung,¹ worin diese Veränderungen bestanden, welche Wirkung auf die Mechanismen der Entscheidungs- und Konsensfindung damit verbunden war und weshalb Vertrauen die wichtigste Ressource guten und letztlich erfolgreichen Regierens ist, die einen Unterschied machen will. Auch wenn die Überhöhung zu einem »Projekt« einem Bündnis wie rot-rot-grün nicht gut tut, ist der progressive Gestaltungsanspruch ein Unterscheidungsmerkmal zu anderen, vor allem um des Machterwerbs willen gebildeter Koalitionen. Torsten Oppelland skizziert aus der Sicht des wissenschaftlichen Beobachters die Arbeit der Thüringer Minderheitsregierung und welche Phasen der Kooperation zwischen Opposition und Regierungskoalition zu unterscheiden sind.

Spätestens im Herbst 2024 wird der 8. Thüringer Landtag gewählt. Die in den darauffolgenden Jahren zu treffenden Entscheidungen markieren den Entwicklungsweg Thüringens. Der Schwäche der CDU im Freistaat liegt zugrunde, dass sie kein überzeugendes politisches Projekt formulieren kann, seitdem das sie ursprünglich tragende konservativ-neoliberale »Modell Ostdeutschland« in die Krise geriet. Die Thüringer AfD bietet ein völkisches Gegenprojekt des autoritären Populismus, dessen kennzeichnendes Merkmal ein identitäres Verständnis der Volkssouveränität ist. Demgegenüber stehen die drei progressiven Parteien. Thüringen demokratisch, sozial und ökologisch zu gestalten, ist nicht weniger als der Anspruch, die Zerklüftung der inneren Peripherien zu überwinden, um eine Mehrheit für die offene Gesellschaft zu ringen, die daraus die Kraft schöpft für die sozial-ökologische Wende, die vor uns liegt und rückblickend die nächste große Transformation gewesen sein wird.

¹ Eine ausführlichere Fassung des Beitrags erschien unter dem Titel »Über die Praxis linken Regierens. Die rot-rot-grüne Thüringen-Koalition« als Supplement zu Heft 4-2023 der Zeitschrift Sozialismus.de.

Stadt.Land.Thüringen und das Recht auf Dorf

Ein Gespräch über die Internationale Bauausstellung (IBA)
Thüringen und die Perspektiven des ländlichen Raums

Benjamin-Immanuel Hoff: In ihrem Beitrag für dieses Buch argumentieren Sarah Hinz und Stefan Schmalz, dass in den 2010er-Jahren das bis dahin dominante »Modell Ostdeutschland« in eine Mehrfachkrise geriet, da sowohl dessen ökonomische Grundlagen unter Druck kamen, als »auch der konservativ-neoliberale Machtblock kein überzeugendes politisches Projekt mehr zu formulieren vermochte«.

Die Jahre ab 2009 markieren auch aus meiner Sicht für Thüringen eine Wende. Mit dem Eintritt der SPD in die Landesregierung nach den ersten, seinerzeit gescheiterten rot-rot-grünen Sondierungsgesprächen, veränderten sich durch den von Matthias Machnig institutionalisierten »Thüringen Korporatismus« hier in Thüringen, aber auch durch die in Folge der Lehman-Bankenkrise insgesamt an Dominanz verlierende neoliberale Diskurshegemonie, die Praxen politischer Problemlösung.

In ihrem Koalitionsvertrag 2009-2014 vereinbarten CDU und SPD die Etablierung einer Internationalen Bauausstellung für Thüringen. Nach mehr als zehn Jahren stellt die IBA Thüringen 2023 ihre Ergebnisse vor. Sie erscheint wie eine Zeitzeugin dieser sich verändernden Rahmenbedingungen und zugleich hat sie als Akteur*in selbst dazu beigetragen, politische Praxen zu verändern.

Marta Doehler-Behzadi: Die Anregung, eine IBA in Thüringen durchzuführen, kam von den planenden Berufen. Sie wurde 2009 im Vertrag der Koalitionsparteien CDU und SPD verankert. Es folgte eine gründliche Vorbereitungsphase, in der eine kleine Arbeitsgruppe in Regie des zuständigen Ministeriums mit Vertreter*innen der Bauhaus-Universität Weimar unter Einbeziehung externer Expertise eine Machbarkeitsstudie ausgearbeitet hat.

Die mit Gründung der Gesellschaft und einer beschlossenen Finanzierung bis 2023 ermöglichte Laborsituation des Wandels fand nicht außerhalb von Raum und Zeit statt und die IBA Thüringen bewegte sich seit ihrer Gründung 2012 kaum je in einem ruhigen Fahrwasser. Wenn ich eine zugegeben subjektive und lückenhafte »Fieberkurve« gesellschaftlicher Ereignisse beschreiben wollte, sähe sie – bei 1989 beginnend und nicht erst im Jahre 2009 – so aus:

Der Fall der Mauer 1989 in Deutschland und der Zusammenbruch des sozialistischen Politik- und Wirtschaftssystems in der DDR geschahen nicht voraussetzungslos, aber unerwartet, rasch und komplett. Fast von einem Tag auf den anderen änderte sich in den nunmehr neuen Bundesländern alles. Begleitet von einem alles Kritische vermeidenden Versprechen »der blühenden Landschaften« fand ein enormes öffentliches wie privates Investitionsprogramm statt.

Der Strukturwandel indes wurde auf die ganz harte Tour durchgeführt und der in der Folge allseits erwartete Aufschwung hinkt bis heute beträchtlich. Die Zumutungen infolge des Beitritts der DDR zur BRD und des gesellschaftlichen Umbruchs sind noch immer nicht vollständig verarbeitet. Erst spät, wenn überhaupt, verstand man in den alten Bundesländern, welch gravierende Erfahrung ihnen der Osten voraushatte: Das Erlebnis vom Ende eines umfassenden Wachstumsparadigmas, das in der DDR schon nicht funktioniert hatte und ganz offenbar »in den Farben der BRD« nicht so einfach herstellbar war.

Im Bereich von Städtebau und Stadtentwicklung der neuen Länder drängte seit der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre eine bislang unbekannte bzw. unreflektierte Problematik auf die Tagesordnung: die demografische Schrumpfung und ihre städtebaulichen Folgen.

War die Stadtplanung seit ihren Anfängen im 19. und frühen 20. Jahrhundert beständig von Wohnungsmangel, ja, -elend getrieben, wurde nun ein hartnäckiger Wohnungsleerstand konstatiert. Es gab schnelle Reaktionen. Ein Kultur- und Kunstprojekt der Kulturstiftung des Bundes setzte die Phänomene der »Schrumpfenden Städte« auf die Tagesordnung, seit dem Jahr 2002 gab es das Förderprogramm zum Stadtumbau Ost. Die IBA Stadtumbau in Sachsen-Anhalt widmete sich schon in ihrem Titel, mehr noch mit 19 Modellstädten, dem Thema Stadtumbau. In Thüringen mit seiner besonderen ländlichen Charakteristik wurde rasch klar, dass die demografischen Wandlungsprozesse eine besondere Herausforderung für die kleinteilige Siedlungsstruktur darstellen. In Überlagerung mit der ausbleibenden Wirtschafts- sowie Steuerkraft in den neuen Ländern zeichnete sich ein riesiger Transformationsbedarf ab, der erwartbar auf neuen Wegen finanziert werden musste, was etwa an der Reduzierung von Förderquoten in den Zielgebieten für europäische Finanzhilfen festgemacht wurde.

Die von Ihnen bereits angesprochene Pleite der Investmentbank Lehman Brothers löste 2008 eine weltumspannende Finanz- und Wirtschaftskrise aus. 2015 erreichten Flüchtlingsströme auch den Freistaat. Bis 2019 kamen etwa 50.000 Asylsuchende in Thüringen an, mehr als die Hälfte bereits im ersten Jahr. Die Ereignisse des Flüchtlingsommers

verlangten der Administration, den Wohnungsunternehmen und zivilgesellschaftlichen Kräften außerordentlichen Einsatz ab.

Die Thüringer Regierungskrise 2020 fiel zeitlich fast zusammen mit der Corona-Pandemie, die bis heute anhält, wenn auch inzwischen abgeschwächt. Die Pandemie beeinträchtigte globale Wirtschaftszusammenhänge, ganze Wirtschaftsbranchen sowie Lieferketten und stresst gesellschaftliche Bereiche und den Lebensalltag nachhaltig. Am 24. Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine, womit neben den dramatischen Folgen dieses Krieges nicht nur eine neue Flüchtlingswelle in Gang gesetzt wurde, sondern auch die Energieversorgung unter Druck geriet und die Notwendigkeit der Energiewende ganz nach oben auf die politische Agenda kam.

Der Blick auf die Zeitleiste vermittelt den Eindruck, als würde eine Krise die andere jagen. Währenddessen schreitet der Klimawandel voran, seit Beginn der IBA werden in Thüringen eine ganze Reihe von Hitze- und Dürresommern gezählt. Wir erleben es unmissverständlich: So wie es war, wird es in Zukunft nicht sein.

Hoff: Die IBA Thüringen versteht sich in ihrer Arbeit selbst als »organisierter Ausnahmezustand auf Zeit«. Andererseits haben Sie in Ihrer Beschreibung der sich rasant verändernden und vielfach dramatisch zuspitzenden Rahmenbedingungen, Stichwort Klimawandel, quasi selbst die Frage aufgeworfen, was es für ein Format wie eine Internationale Bauausstellung bedeutet, wenn das Umfeld durch multiple Krisen geprägt ist, der Ausnahmezustand zur vulnerablen Dauerrealität wird.

Doehler-Behzadi: Internationale Bauausstellungen sind seit mehr als 100 Jahren ein eingeführtes Format in Deutschland. Auf der Mathildenhöhe in Darmstadt 1901, in der Stuttgarter Weißenhofsiedlung 1927 oder bei der Interbau 1957 im Berliner Hansaviertel manifestierte sich gesellschaftlicher Fortschritt auf dem Feld von Städtebau und Architektur.

Seit den 1980er-Jahren sind IBAs in Deutschland zum Sanierungsinstrument im Städtebau und zum Strukturprogramm mit besonderem baukulturellem Anspruch in Stadt und Region geworden. Der Titel blieb, obwohl das Format einer Internationalen Bauausstellung neu interpretiert und ausgefüllt wurde. Die IBA Berlin widmete sich sanierungsbedürftigen Innenstadtquartieren, wie später dann auch die IBA Hamburg. Die IBA Emischer Park beschäftigte sich beispielhaft mit dem aus der Nutzung gefallenen Erbe der Industrialisierung im regionalen Umgriff. Die IBAs in Sachsen-Anhalt und in der Lausitz wurden zum Teil noch einmal größer, in jedem Fall komplexer, landschaftlicher und partizipativer.

Bei einer IBA geht es immer um das Neue. Innovation und Exzellenz sind die zentralen Ansprüche an die Vorhaben der IBA. Dies ist nötiger denn je, denn anhaltende Wandlungsprozesse in Stadt und Region, krisenhafte Entwicklungen bis hin zu heftigen Erschütterungen der Gesellschaft stellen routinierte Verfahrensweisen auf den Prüfstand. Da verspricht der organisierte »Ausnahmезustand auf Zeit«, und als solcher versteht sich jede IBA, öffentliche und politische Aufmerksamkeit. IBAs genießen den Freiheitsgrad eines kuratierten Formats und stecken in ihren Territorien – ob nun in einer Stadt, Region, gleich in einem ganzen Bundesland oder noch größer – eine Art experimentelles Spielfeld ab.

Eine IBA ist dann erfolgreich, wenn zentrale Wandlungsmomente aufgegriffen werden, ja vielleicht werden diese auch zu Beginn einer jeden IBA zunächst mehr erahnt als wissenschaftlich belegt oder politisch gerahmt. Treffen die Reallabore, Projekte und Prozesse der IBA jedoch auf die Fragen unserer Zeit, werden IBAs gesellschaftlich relevant und auf die öffentliche Agenda gehoben. Mit den Mitteln der Baukultur erlangen sie Sichtbarkeit und Überzeugungskraft.

Hoff: Sie sprechen die Fragen unserer Zeit an. Das Verhältnis von Stadt und Land gehört sicherlich dazu. Lukas Haffert legte mit »Stadt Land Frust« im Jahr 2022 eine »politische Vermessung« vor, als Beitrag zur kritischen Landforschung gaben Bernd Belina, Michael Mießner, Matthias Naumann und Andreas Kallert ebenfalls 2022 den Sammelband »Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven« heraus. Das Stadt-Land-Verhältnis ist Thema in sozialwissenschaftlichen Zeitschriften wie der PROKLA: »Vergessenes Land. Perspektiven auf rurale Entwicklung« (2021) oder der Berliner Debatte Initial: »Auf in die Provinz!« (2022). Überall dort wird, wie Haffner es ausdrückt, die »Geografie der Unzufriedenheit« vermessen. Der vermeintliche Gegensatz zwischen den sogenannten Eliten und den pauschal als abgehängt beschriebenen Dörfern.

Auch in Thüringen wird von der CDU der Vorwurf gegenüber den rot-rot-grünen Parteien erhoben, sie würde Politik nur für die Städte machen, während der ländliche Raum abgehängt würde. Im Zusammenhang mit der letztlich gescheiterten Gebietsreform, aber auch in der Schulpolitik, wirft die CDU der r2g-Koalition einen »Angriff gegen den ländlichen Raum« vor.

Es wird Sie nicht überraschen, dass ich eine vermeintliche Bevorzugung namentlich der großen Städte gegenüber den kleineren Städten, Gemeinden und Dörfern und damit dem ländlichen Raum insgesamt nicht erkennen kann. Doch ich habe dafür sogar drei gute Argumente:

Anders als z.B. in Bayern, Hessen, NRW oder Berlin/Brandenburg gibt es hier bei uns kein klassisches Stadt-Land-Gefälle zwischen kleineren Städten und Dörfern und einem großstädtisch geprägtem Metropolitanraum. Denn Thüringen wird gebildet aus einem Netz ländlich geprägter kleinster, kleinerer, mittlerer und sehr wenigen größeren Städten. Knapp ein Viertel der Thüringer*innen leben in den fünf kreisfreien Städten. Die sind viel kleiner als im Bundesgebiet üblich. Keine der 14 Städte in Deutschland mit mehr als 500.000 Einwohner*innen liegt in Thüringen. Während nur zwei der 67 deutschen Städte mit mehr 100.000 Einwohner*innen in Thüringen liegen, sind es 33 der 621 Städte und Gemeinden zwischen 20.000 und 100.000 Einwohner*innen. Die IBA hatte dafür ursprünglich den Begriff der »Landstadt« geprägt. Ich finde den Begriff auch heute noch angemessen, wenngleich die IBA inzwischen StadtLand verwendet.

Die eingangs bereits zitierten Sarah Hinz und Stefan Schmalz sprechen von »innerer Peripherie«, wenn sie Ostthüringen in den Blick nehmen. Sie verweisen damit darauf, dass es keine Gleichzeitigkeit der räumlichen Entwicklung gibt. Weder schrumpft der ländliche Raum insgesamt, noch wachsen alle Städte. Auch nicht in Thüringen. Prospektierenden Räumen stehen schrumpfende Gebietskörperschaften und Regionen gegenüber. Darüber hinaus gibt es die inneren Peripherien auch in den Städten selbst. Die »innere Peripherie« verweist also darauf, dass neben dem Konflikt zwischen Kapital und Arbeit der Konflikt zwischen Gewinner*innen und Verlierer*innen der ökonomischen Modernisierungsprozesse getreten ist.

Last but not least erscheint mir auch in Thüringen, mit Lukas Haffert gesprochen, die Bedeutung des ökonomischen Konflikts zunehmend von einem kulturellen Konflikt zwischen liberalen und autoritären Wertvorstellungen überlagert. Man kann diesen Konflikt diskursiv rationalisieren oder ihn politisch verschärfen. Derzeit, fürchte ich, wird der Konflikt eher verschärft und das Narrativ des vermeintlichen Angriffs auf den ländlichen Raum kulturkämpferisch unterfüttert.

Doehler-Behzadi: Das sehe ich auch so. Inzwischen scheint es mir fast ein Gebot der politischen Verantwortung zu sein, im öffentlichen Diskurs die Polarisierungsthese nicht weiter zu befeuern. Hierzu formulierte Steffen Mau im Jahr 2022 in der Zeitschrift »Merkur« kluge Überlegungen. Die IBA Thüringen hält mit StadtLand und einer differenzierten Einschätzung dagegen. Sie unterscheidet sich von anderen Internationalen Bauausstellungen, denn sie spielt, wie Sie bereits betonten, in einem weitgehend ländlich geprägten Raum. Seit den Anfängen der Thürin-

ger IBA 2012 hat man mitverfolgen können, wie ländliche Räume stetig im öffentlichen Meinungsbild und in den Medien sowie im politischen und fachlichen Diskurs an Aufmerksamkeit und Bedeutung gewonnen haben. Die Anlässe waren zumeist unerfreulich bis alarmierend: artikulierten Unzufriedenheiten vieler Menschen, Wahlerfolge von rechten politischen Parteien, spürbare Klimawandelfolgen in Landwirtschaft und Forst und anderes mehr. Dabei sind territoriale Differenzierungen in den öffentlichen Diskurs getreten, die längere Zeit keine oder keine große Rolle spielten. Es ist nicht mehr unerheblich, ob etwas in Stadt oder Land, in Ost oder West, in boomenden Agglomerationen der »Anywheres« oder in Unterdruckgebieten der »Somewheres« stattfindet. Das Auseinanderdriften, ja die Polarisierung zwischen den städtischen Zentren und Großstadttagglomerationen und peripherisierten Gebieten haben sich zu einem zentralen Erklärungsmuster im öffentlichen Diskurs verdichtet, selbst dann, wenn es wissenschaftlichen Erkenntnissen widerspricht. Das Muster spricht vom abgehängten Land. Zum Abschluss der IBA Thüringen kann man festhalten: Die ländlichen Räume sind zu einem vordringlichen politischen Thema geworden, und das nicht nur in Deutschland, sondern in Europa, wenn nicht gar weltweit.

Mit den Begriffen Stadt und Land setzt man bei der Gegensätzlichkeit von zwei Siedlungsformen an, ohne deren Vielfalt oder die beständigen Prozesse von Veränderung und dabei auch von gegenseitiger Annäherung und Durchdringung abzubilden. Die beiden Begriffe verführen regelrecht dazu, dass städtische und ländliche Eigenschaften gegensätzlicher wahrgenommen werden, als sie es tatsächlich sind. »Stadt« und »Land« rufen im Vorstellungsbild häufig die vibrierende Großstadt einerseits und das kleine, beschauliche Dorf und romantische Landleben andererseits auf. Ignoriert werden alle Zwischenformen, zum Beispiel die vielen kleinen und sehr kleinen Städte, die Vororte und Siedlungen, die durch Gebietsreformen entstandenen Dorffagglomerationen, Suburbia und die Zwischenstadt, ebenso die Hidden Champions von Marktführern an ihren Standorten außerhalb von Großstädten und ohne jeden kosmopolitischen Anstrich oder die moderne agrarische Produktion in einer weitgehend industrialisierten Landwirtschaft. Aus Thüringer Sicht war die strikte Scheidung zwischen Stadt und Land ohnehin kein gehbarer Weg.

Bei genauer Betrachtung changiert das oft zitierte Abgehängtsein zwischen Befund, Gefühl und politischem Vorwurf. Auf Seite 295f. in Julie Zehs 2021 erschienenen Buch »Über Menschen« stehen die Sätze: »Fest steht, dass alle Angst haben und dabei meinen, dass nur die eigene Angst die richtige sei. Die einen fürchten sich vor Überfremdung,

die anderen vor der Klimakatastrophe. Die einen vor Pandemien, die anderen vor der Gesundheitsdiktatur. Dora fürchtet, dass die Demokratie am Kampf der Ängste zerbricht.« Ich finde Julie Zeh erfasst hier hervorragend die Unterströmung unserer aktuellen gesellschaftlichen Aufregung um das Land.

Dennoch muss man abschichten: Da sind die realen Verhältnisse, die selbstverständlich ungleich sind, ob man nun in einem kleinen Dorf oder in der großen Stadt lebt. Es gibt darunter Sachverhalte, die sich zu einer raumbezogenen Ungerechtigkeit verdichten (zum Beispiel fehlende Arztpraxen, schlechtere Gesundheitsversorgung, mangelhafte öffentliche Mobilitätsangebote), wohingegen Bildungsnachteile vor allem von sozialen und standortunabhängigen Merkmalen bestimmt werden. Wirtschaftliche Parameter verlieren an Aussagekraft, seitdem überall Fachkräftemangel herrscht und die Arbeitslosigkeit in Thüringen bei durchschnittlich etwa 5% liegt. Die Zeiten, als alle riefen: »Da schafft doch erst mal Arbeitsplätze, dann wird sich das mit dem demografischen Wandel schon erledigen!«, sind vorbei. Freilich ist die Breite, Vielfalt und Qualität des Arbeitsplatzangebots, verbunden mit guten Einkommensmöglichkeiten und Karrierechancen, deutlich unterschiedlich, sozusagen dicke Arbeitsmärkte sind nun einmal nicht in quasi dünnen Gegenden zu finden. Vor allem die Angebote der neuen Wissensökonomien sind (groß)städtisch verankert. Allerdings können wir erwarten, dass sich Raum-Zeit-Beziehungen mehr oder weniger stark durch das Arbeiten aus dem Homeoffice verschieben werden.

Im Lebensalltag arrangieren sich die Bewohner*innen auch in minder gut versorgten Gebieten, sie tun es nahezu unverzichtbar mit dem Auto. Aber es gibt biografische Erfahrungen des Niedergangs, die nachhallen: Erst zogen die jungen Leute weg, dann machte die Schule zu, die Bahnstrecke wurde eingestellt, das Bahnhofsgebäude steht leer, der Pfarrer kommt nur noch alle acht Wochen vorbei, von Kneipe, Laden, Friseur keine Spur mehr. »Und nun wird auch noch der Geldautomat abgehängt!« Persönliche und in der Gemeinschaft geteilte Verlusterfahrungen verursachen Verdruss, Sorge und Angst, mitunter gar offene Wut, gegen wen oder was auch immer. Menschen sehen ihre Lebensleistung, Lebensqualität und Tradition gefährdet. Sie fühlen sich ungleich behandelt und schließen sich ab gegen das Andere, Fremde und Neue. Wo der Strukturwandel nach 1989 noch nicht verarbeitet ist, treffen die Ankündigungen von einem erneuten Transformationsbedarf auf wenig freundliche Aufgeschlossenheit.

Hoff: Das deckt sich mit den Erkenntnissen des Thüringen-Monitors, der seit 2000 jährlich in einer Bevölkerungsbefragung erhoben, publiziert und im Thüringer Landtag in Verbindung mit einer Regierungserklärung des Ministerpräsidenten diskutiert wird.

Doehler-Behzadi: Was die Ostdeutschen nach den Enttäuschungen und der Erschöpfung im Prozess der Wiedervereinigung beklagen, tönt ähnlich bei den Gelbwesten in Frankreich oder den Hillbillys in den USA. Protestbewegungen zeigen verbal und faktisch ein steigendes Aggressionspotenzial und ein demokratiefeindliches Gesicht. Der Extremismusforscher Matthias Quent macht deutlich, dass es hier bei Weitem nicht nur um ein spontanes Protestverhalten geht, sondern von rechten Bewegungen, Ideologien und Parteien benutzte Anlässe. Ein Problem ist, so Quent, »dass gerade in ländlichen Regionen Nischen entstanden sind, in denen sich die AfD breit macht, weil sich dort die anderen politischen Kräfte zurückgezogen haben [...] Bei den Leuten kommt an: Die anderen haben euch aufgegeben. Eure Stimme interessiert sie nicht.«

Die neuen Rechten begeben sich bewusst in die Ländlichkeit hinein und damit in ein Vakuum, das die Landflucht und allgegenwärtige neo-liberale Zentralisierungstendenzen privater und öffentlicher Strukturen auf dem Land hinterlassen. Gerade in Thüringen darf man die politische Sprengkraft einer unbewältigten Provinzialität nicht verharmlosen, die sich gegen das Fremde, Neue und Andere abschottet.

Da liegt die Blüte des klassischen Weimar nun eben schon mal 200 Jahre zurück. Da wurde nicht nur das Bauhaus 1919 in Thüringen begründet, sondern auch 1925 vertrieben. Da war 1930 die NSDAP deutschlandweit erstmalig in einer Landesregierung beteiligt. Da fand 2020 in Deutschland mit der Wahl von Thomas Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten mit Hilfe der AfD eine politische Übertretung statt, die deutschlandweit für Erschütterungen sorgte und die das Land bis heute nicht verkraftet hat.

Es liegt in der Natur demografischer Schrumpfungsprozesse, dass sie selbstverstärkend sind, es zeigt sich immer deutlicher, dass ihnen auch ein gewisses Aggressivitätspotenzial innewohnt. Zunehmend überlagern sich räumliche und infrastrukturelle Parameter mit dem Gefühl von Gekränktheit und verdichten sich in einem Generalvorwurf, gerichtet an die politisch Verantwortlichen und Meinungsbildner*innen – an »die da oben«.

Die Radikalisierung der Sprache und der Handlungen bis in die gesellschaftliche Mitte hinein findet beileibe nicht nur in den ländlichen Räumen statt, sie hat hier aber stärkere Auswirkungen, weil der öffentliche

Raum der Meinungsbildung unmittelbar funktioniert. Die Bedrohung der demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaft ist mit den Händen zu greifen, wo man sich kennt und weiß, wo das Haus des Bürgermeisters steht.

Auch wenn andere weniger kritische Einschätzungen treffen – à la »das sind halt legitime Protestbewegungen« oder »Man muss den Menschen einfach mal zuhören«, »sie abholen« und dergleichen mehr –, es ist die Überzeugung der IBA Thüringen, dass gerade in ländlichen Räumen nicht mehr und nicht weniger als unser demokratischer Gesellschaftsvertrag auf dem Prüfstand steht. Man darf nicht zulassen, dass sich das Land endgültig in der Rolle eines Enfant terrible einrichtet.

Andersherum betrachtet wird es zur zentralen politischen Frage: Wie erweise ich den Menschen Respekt? Wie erweise ich dem Land Respekt?

Hoff: Sie verwenden den Begriff Respekt, der insbesondere im Bundestagswahlkampf von Olaf Scholz 2021 einen besonderen Stellenwert hatte. In der FAZ schrieb Mona Jaeger im Januar 2022: »Es ist kein greller sozialdemokratischer Begriff. Zu denen neigt Scholz nicht. Respekt ist ein regelrechtes Zauberwort im permanenten Gefühlsmix aus Ängsten und Verunsicherung. Denn Respekt ist erst mal ein Begriff des Bewahrens. Es geht um die Anerkennung des Anderen.« Was bedeutet Respekt für Land und Menschen aus Ihrer Sicht konkret?

Doehler-Behzadi: Eine Gebietsreform, die vor allem auf die Konzentration politischer und administrativer Strukturen setzt, geht zum Beispiel in die falsche Richtung. Vielmehr braucht es eine ansprechbare Kommunalpolitik, eine demokratische Repräsentation vor Ort.

Ebensowenig reicht es aus, entlang einer Argumentation der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse Infrastrukturen in ländlichen Räumen wiederbeleben zu wollen, die lange brach lagen, so schön und dicht, wie sie früher mal waren. Dies zu versprechen, führt zu Enttäuschungen, da die Erwartungen nicht erfüllbar sind. Auch bei allem guten Willen.

Gebraucht werden ein deutlich gestärktes – soziales, nicht gewinnorientiertes – Unternehmertum, einfach zu organisierende Genossenschaften, gemeinwohlerpflichtete Stiftungen, vielfältige Kooperationsmodelle privat-kommunal/staatlich-zivilgesellschaftlich, staatliche Rahmen zur Übernahme oder Minderung von Risiken und vieles andere mehr. Wenn es im Kern darum geht, einen Gesellschaftsvertrag (für alle) und Lebensperspektiven (für jeden individuell) aufrecht zu erhalten, wenn wir darin eine notwendige Voraussetzung für sozialen Frieden und gesellschaftlichen Zusammenhalt sehen, so müssen wir

eine neue Lesart der Daseinsvorsorge in Ansatz bringen und standortkonkret verhandeln. Auch der Dorfladen, die Dorfkneipe und das Dorf-taxi sollten dazugehören. Sie müssen dann von ihrer kommerzialisierten Logik entbunden werden und können als regionale Gemeingüter eine neue Chance bekommen.

Der ländliche Raum könnte auf diesem Feld zum Trendsetter werden, denn er wird schon heute viel hybrider zu organisieren sein, als wir das bisher kannten. Die IBA-Vorhaben von Bahnhofsläden über Her(r)bergskirchen bis hin zu Gesundheitskiosken belegen das. Sie sind Orte für Viele und Vieles.

Ein solches Verhalten im Raum erfordert eine gesellschaftliche Eigentümerrolle und mithin eine Verfügbarkeit an Grund und Boden. In den großen Städten wird die Bodenwende bereits stark diskutiert um bezahlbares Wohnen zu ermöglichen. Es ist aber auch in demografisch schrumpfenden Regionen und auf dem Land ein Thema, sowohl in den Siedlungen als auch in der Fläche, in Landwirtschaft und Forst. Boden ist nicht vermehrbar. Um ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit zu verbinden, gehört er in gesellschaftliche Verfügung mit Gemeinwohlverpflichtung. Gemeinsam mit der Stiftung trias haben wir ein Sondervermögen Thüringen genau in diesem Sinne als Instrument geschaffen und das könnte man auch nach dem IBA-Zeitraum weiter ausbauen. Nicht zuletzt kann damit einer Landnahme von rechtsextremen Kräften vorgebeugt werden. Das alles stellt ein umfassendes kulturelles und eminent politisches Projekt dar.

Hoff: Henri Lefebvre erhob 1967 in seinem programmatischen Text »Le droit à la ville«, ein Jahr später als Buch erschienen, die Forderung nach dem Recht auf Stadt. Die Veränderung der Stadt bezog sich dabei sowohl auf die konkrete Nutzung der städtischen Räume als auch auf die gleichberechtigte Teilhabe an den politischen Debatten und Aushandlungen über die zukünftigen urbanen Entwicklungen. Der Bedeutungszuwachs des ländlichen Raums hat dazu geführt, dass inzwischen das »Recht auf Dorf« postuliert wird. Ich halte dies für eminent wichtig, denn es geht hier wie dort um nicht mehr und nicht weniger als die partizipative und demokratische Teilhabe am Gemeinwesen. In diesem Sinne habe ich die Arbeitsweise der IBA stets als das verstanden, was Nils Unthan, Jacob Heuser und Armin Kratzer meinen, wenn sie formulieren: »Das Recht auf Dorf ist also nicht einfach da, es wird gemacht! Im Zusammenspiel der sozial-innovativen Praktiken, die nach unseren Ergebnissen zu urteilen auch emanzipatorische und partizipative Prozesse in einer heterogenen Akteur*innenlandschaft beinhalten,

mit unterstützenden Relationen und politisch-territorialen Rahmenbedingungen, können wirksame Alternativen zu neoklassischen und neoliberalen wachstumsorientierten Ansätzen ländlicher Entwicklung angetoßen werden.«

Doehler-Behzadi: In großen und kleinen Städten wie auf dem Dorf sind die ökonomischen Grundlagen und kulturellen Dimensionen für das Leben und Arbeiten einander ähnlich geworden. Die siedlungsbestimmenden sozioökonomischen Grundlagen – Handwerk und Handel, Industrie- und Agrarproduktion, primärer, sekundärer und tertiärer Sektor – sind nicht mehr eindeutig der Stadt oder dem Dorf zuzuordnen. Ob man aus der Stadt oder vom Land kommt, ist den Menschen nicht mehr anzusehen. In Zeiten grenzenloser Kommunikation kann vom »Idiotismus des Landlebens«, wie Karl Marx und Friedrich Engels 1848 schrieben, keine Rede mehr sein. Der von ihnen bereits zitierte Henri Lefebvre hat die moderne gesellschaftliche Entwicklung als unaufhaltsame Ausbreitung urbaner Gebiete und als eine vollständige – gesellschaftliche – Urbanisierung beschrieben. Sozio-ökonomisch ist in unserem Teil der Welt vom Stadt-Land-Gegensatz nicht mehr viel zu erkennen.

Die IBA Thüringen setzte nach ihrem Auftaktjahr 2013 auf Schwarmintelligenz und begann 2014 mit einem Projektauftrag. Aus etwa 250 Einreichungen wurden 16 vielversprechende Ideen als erste Kandidaten der IBA nominiert. Von diesem Moment an stand das Team der IBA in einer engen Zusammenarbeit mit den Akteur*innen, stets am konkreten Standort. Die guten Ideen kamen aus unterschiedlichen Gegenden des Landes und von verschiedenen Akteur*innen, zum Beispiel aus Kommunen, der Wohnungswirtschaft, den freien Berufen und der Zivilgesellschaft. Alle Vorschläge waren zu Beginn noch weit von einer Projektreife entfernt. Nach der Nominierung als Kandidat der IBA Thüringen durchlebte jedes Vorhaben einen meist mehrjährigen Prozess, bei dem sich gute Absichten zu Haltungen und Zielen, später zu Entwürfen und Beschlüssen sowie Planungen komprimierten.

Auf dem Weg der ineinander verwobenen Projekt- und Programmarbeit kristallisierte sich im Lauf der Jahre der Ertrag der Arbeit der IBA heraus. Sie bestätigte sich als Methode. Diese IBA bezog ihren Erkenntnisgewinn aus der Arbeit selbst. Sie leistete sich nicht nur Stippvisiten oder Renderings, sie handelte nicht nur auf Verdacht oder entwarf auf geduldigem Papier. Das Team agierte aus mehr als einer nur beobachtenden Perspektive. Sich praktisch und nicht akademisch zu bewegen, hat den Vorteil, dass die fachlichen und politischen Schlussfolgerungen aus einer Tätigkeit herrühren, bei der es immer »darauf ankommt«. Die

Arbeit an den Projekten vor Ort und in den konkreten Akteur*innenkonstellationen erzeugte eine hohe Verbindlichkeit und Glaubwürdigkeit.

Der Praxistest der IBA hat auch Grenzen aufgezeigt, denn die wiederholte Aufforderung, nun doch mal etwas Anderes und gänzlich Neues zu machen, stieß immer wieder an Grenzen aus dem eng geknüpften Netz bestehender Normen, Gesetze und Fördervorschriften. Das ist ein Dilemma, mit dem sich alle aktuellen IBAs konfrontiert sehen. Sie sollen unerschlossenes Terrain erproben, dürfen aber im Grunde die alten ausgetretenen Wege nicht verlassen. Eine IBA greift immer nach den Sternen und hat dabei die Füße auf dem Boden.

Das StadtLand Thüringen kann auf viele veränderungsbereite Akteur*innen setzen, aber es darf sie nicht allein lassen. Sie brauchen Assistenz und Partnerschaft, loyale Unterstützung und Gestaltungsspielräume, sie brauchen Vertrauensvorschuss, Erleichterungen beim Erproben des Neuen und öffentliche Wertschätzung. Die Aktivist*innen finden sich am Ende des Zeitraums der IBA in ihren Absichten überwiegend bestätigt, sie sind stolz auf das Erreichte, aber oft sind sie auch erschöpft. Nicht nur dort, wo Vorhaben angesichts widriger Umstände deutlich länger dauern als geplant, wird überdeutlich, dass eine IBA nicht mit dem Abschluss der IBA Gesellschaft und einer finalen Ausstellung zu Ende ist. Begonnene Vorhaben müssen fertiggestellt werden und neue Ideen werden an die IBA herangetragen. Schon seit Längerem hat ein Prozess begonnen, die Erlebnisse und Erfahrungen zu verallgemeinern und die Fortsetzungsstrukturen zu bauen. Der Ausnahmezustand auf Zeit wird dann in den Normalfall überführt.

Hoff: Daran arbeiten wir auch bereits gemeinsam. Das von Suzanna Karawanskij (DIE LINKE) geführte Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, ebenso wie wir in der Staatskanzlei. Denn wir sind überzeugt, dass die bereits bestehende »Stiftung Baukultur Thüringen« diese IBA-Herangehensweise nach 2024 forttragen und als Methode weiterentwickeln soll. Liebe Frau Doehler-Behzadi, ich danke Ihnen für das Gespräch.

Literatur

- Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hrsg.) (2021): Vergessenes Land? Perspektiven auf rurale Entwicklung, PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Bd. 51, Nr. 204.
- Belina, Bernd/Kallert, Andreas/Mießner, Michael/Naumann, Matthias (Hrsg.) (2022): Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte, Perspektiven. »Kritische Landforschung« Bd. 2, Bielefeld.
- Haffert, Lukas (2022): Stadt Land Frust. Eine politische Vermessung, München.
- Jaeger, Mona (2022): Das Zauberwort des Kanzlers, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 31.1., unter: www.faz.net/aktuell/politik/inland/warum-redet-olaf-scholz-staendig-von-respekt-17748737.html?premium (zuletzt: 31.03.2023).
- Lefebvre, Henri (1968): Le droit à la ville, Paris; zuvor als Aufsatz in: L'homme et la société, No. 6/1967, S. 29–35.
- Mau, Steffen (2022): Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung. In Merkur, März, 76. Jg., Heft 874, S. 5–18.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1848): Manifest der Kommunistischen Partei, London, Reprint der Erstausgabe im Dietz-Verlag Berlin 1965, siehe auch www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm (zuletzt: 31.03.2023).
- Schmid, Christian (2019): Stadt, Raum und Gesellschaft, Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes, Stuttgart.
- Unthan Nils/Heuser, Jacob/Kratzer, Armin (2022): Das Recht auf Dorf. Von Experimenten, Pionieren und (sozialen) Innovationen in ländlich-peripheren Biosphärenreservaten, in: Belina et al., Ungleiche ländliche Räume, a.a.O. S. 217–233.
- Wischner, Johanna (Hrsg.) (2022): Auf in die Provinz, Berliner Debatte Initial 33. Jg. Heft 3.
- Zeh, Juli (2021): Über Menschen, München 2021.

Autor*innen

Tina Beer ist Staatssekretärin für Kultur in der Thüringer Staatskanzlei.

Michael Behr leitet die Abteilung für Arbeit und Qualifizierung im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. Er ist seit 2008 Honorarprofessor an der Westsächsischen Hochschule Zwickau.

Elisa Calzolari ist Geschäftsführerin von MigraNetz Thüringen e.V. sowie Mitbegründerin und Vorstandsmitglied von MigraFem Power & Voices e. V. zur Förderung der politischen Teilhabe von Frauen* mit Migrationsbiografie.

Martha Doehler-Behzadi leitet die Internationale Bauausstellung (IBA) Thüringen GmbH seit 2014 als Geschäftsführerin. Zuvor war sie Referatsleiterin Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz im Bundesbauministerium.

Michael Ebenau war von 1990 bis 2015 für die IG Metall in Jena und Gera, anschließend als Sprecher der Bezirksleitung der IG Metall Mitte tätig. Er ist Vorstandsmitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen.

Andres Friedrichsmeier ist Grundsatzreferent im Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport.

Maik Grundmann ist Bezirkssekretär für Wirtschafts-, Industrie- und Strukturpolitik, Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik der IG Metall Mitte.

Lena Saniye Güngör ist arbeits- und gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag. Sie ist Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen und stellvertretende Vorsitzende der bundesweiten Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Johannes Häfner ist Leiter des Büros des Thüringer Ministerpräsidenten.

Stefanie Hammer ist Referentin für das Landesprogramm »Solidarisches Zusammenleben der Generationen« im Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie.

Madeleine Henfling ist Vizepräsidentin des Thüringer Landtages, Parlamentarische Geschäftsführerin und Sprecherin für Innenpolitik und Kommunales, Demokratie und Antifaschismus, Europa und Kultur, Medien, Netzpolitik und Datenschutz der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Theresa Hilse-Carstensen ist stellvertretende Leiterin des Instituts für kommunale Planung und Entwicklung – An-Institut der FH Erfurt.

Sarah Hinz ist Doktorandin am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

Benjamin-Immanuel Hoff ist Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Thüringer Staatskanzlei. Zuvor war er Staatssekretär und Abgeordneter im Land Berlin. An der Alice-Salomon-Hochschule Berlin ist er seit 2010 Honorarprofessor.

Madeleine Holzschuh war wissenschaftliche Mitarbeiterin am Arbeitsbereich Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie des Instituts für Soziologie der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ist derzeit als Forschungsreferentin an der Universität tätig.

Katharina König-Preuß ist Sprecherin für Migrationspolitik, Antirassismus und Antifaschismus der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag.

Dorothea Marx ist Vizepräsidentin des Thüringer Landtages und Sprecherin für Innen, Europa, Justiz, Kirche, Verbraucherschutz und Digitale Gesellschaft der SPD-Fraktion.

MOBIT – Mobile Beratung in Thüringen berät und unterstützt alle, die sich in Thüringen gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Verschwörungsideologien und Antisemitismus und für demokratische Werte engagieren wollen.

Torsten Oppelland ist Leiter des Arbeitsbereichs Vergleichende Regierungslehre am Institut für Politikwissenschaft der Universität Jena.

Stefan Schmalz ist Leiter der Heisenberg-Forschungsgruppe »Soziologie der Globalisierung« an der Universität Erfurt.

Anja Siegesmund war von Dezember 2014 bis Januar 2023 Thüringer Ministerin für Umwelt, Energie und Verbraucherschutz und Vertreterin des Thüringer Ministerpräsidenten.

Felix Steiner ist Sprecher von *MOBIT* – Mobile Beratung in Thüringen.

Renate Sternatz ist stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) Hessen-Thüringen und Vorsitzende von *MOBIT* e.V.

Anja Zachow ist Vorsitzende der Naturfreunde Thüringen und war bis Februar 2023 Landesgeschäftsführerin der SPD Thüringen.